Absender

**FB 6-60
Mobilitätsmanagement**

Drucksachen-Nr.

0339/2019/1

öffentlich

Antrag

der Fraktion
DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL

zur Sitzung des
Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am
11.09.2019

Tagesordnungspunkt

**Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 23.06.2019
(eingegangen am 24.06.2019): "Kostenloses Parken für Elektrofahrzeuge"**

Inhalt:

**Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zum Thema
kostenlosem Parken für Elektrofahrzeuge**

Die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beantragt mit Ihrem Schreiben vom 24.06.2019 kostenloses Parken für Elektrofahrzeuge auf städtischen Parkflächen einzurichten. Ziel dieser Maßnahme sei, die Zulassungszahlen privater Elektrofahrzeuge zu erhöhen und so zu einer Verbesserung der Lebensqualität und dem Umweltschutz beizutragen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Vorrechte für bestimmte Kfz- oder Autofahrergruppen gibt es in Bergisch Gladbach bislang nicht und sind aus Sicht der Verwaltung mit Vor- und Weitsicht zu betrachten. Wird dem Antrag der Fraktion Folge geleistet, könnte sich möglicherweise kurzfristig das Ziel, E-Kfz fahren attraktiver zu gestalten und mehr Zulassungszahlen zu generieren, umsetzen lassen.

Ab einem Wendepunkt würde die Maßnahme jedoch negative Auswirkungen mit sich bringen, da sobald eine gewisse Anzahl an E-Fahrzeugen erreicht ist, weitaus weniger Einnahmen über die städtischen Parkplätze eingenommen werden können. Eine Rücknahme der Bevorteilung dürfte sich als schwierig erweisen. Auch würde ein erhöhter Verwaltungsaufwand entstehen, wenn dem Antrag gemäß Sonderparkausweise ausgegeben würden.

Die Verwaltung ist gemäß dem Mobilitätskonzept bestrebt, den Umweltverbund (Fahrrad-, Fuß- und öffentlicher Personennahverkehr) zu stärken und nicht den motorisierten Individualverkehr, worunter auch E-Kfz fallen. E-Kfz verursachen ebenso Stau, nehmen öffentlichen Raum in Anspruch (Parken) und belasten die Umwelt mit Feinstaub (Brems- und Reifenabrieb). Sie sind zwar lokal umweltschonender, in ihrer Eigenschaft als Fahrzeug sind sie dem Verbrenner jedoch gleich.

Die Verwaltung empfiehlt aus oben genannten Gründen, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL nicht zuzustimmen.